

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2025
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 223 Anfrage Schnider Hella und Mit. über den Stand der Implementierung der vermehrten Polizeipatrouillen aufgrund der Umsetzung der Organisationsentwicklung 2030 / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Hella Schnider ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Hella Schnider: Die Antworten des Regierungsrates haben genau den wunden Punkt bei der Umsetzung des Stationierungskonzepts aufgezeigt, den ich in den letzten Wochen und Monaten in der Region Entlebuch beobachtet habe. Einerseits läuft die Umsetzung des Stationierungskonzepts und die damit einhergehende Schliessung der Polizeiposten planmässig. Das ist im Entlebuch als erste durchführende Region bereits passiert, in der Region Willisau ist man an der Umsetzung. Die Konsolidierung wird in der Region Ebikon und Hochdorf gemäss Planung ab 2025 folgen, in der Region Emmen ab 2026, in der Region Sursee ab 2028 und in der Region Kriens/Horw ab 2030. Die immer wieder vom Kantonsrat geforderte und von der Regierung versprochene Verstärkung der Polizeipatrouillen kommt aber nicht zustande. Düstere Aussichten für die Weiterführung der Konsolidierung im gesamten Kanton. Durch die fehlende Polizeipräsenz wird das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung stark beeinflusst, dies trotz Aufstockung der Mitarbeitenden in beiden Regionen. Wenn ich dazu noch die Antwort lese, dass aus polizeitaktischen Gründen ländliche Gebiete aufgrund der geringeren Anzahl der polizeilichen Ereignisse eine geringere Dichte an Patrouillen aufweisen, verstehe ich, wenn sich das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung in der Region negativ verändert hat. Wir rufen gar nicht erst an und regeln das selbst, das ist eine Aussage, die symptomatisch ist für die momentane Situation in der Region Entlebuch. Dieser Zustand ist unhaltbar für das Entlebuch und ebenfalls für die weiteren Regionen im Kanton, deren Konsolidierung folgt. Dass der Mittelwert der Interventionszeit bei allen dringlichen Polizeieinsätzen bereits unterboten werden konnte, ist erfreulich, zeigt aber auch deutlich die Diskrepanzen zwischen den Regionen auf. Dazu kommt, dass durch die schlechte Verfügbarkeit der Patrouillen unsere freiwilligen Feuerwehren nach Alarmierung oftmals längere Zeit mit anspruchsvollen Situationen fertig werden müssen, die nicht ihrem Tätigkeitsprofil entsprechen. Dies als Ersatz, bis die Patrouille vor Ort ist. Davon gab es 2024 mehrere im Entlebuch. Mir ist bewusst, dass die meisten der Probleme auf die fehlenden personellen Ressourcen bei der Polizei zurückzuführen sind. Diesen Umstand und den Bedarf an zusätzlichen personellen Ressourcen hat man aber vor der Umsetzung des Stationierungskonzepts bereits gekannt. Daher müssen auch die Probleme bekannt gewesen sein, die damit einhergehen würden,

nämlich, dass eine Umsetzung wie geplant und versprochen nicht möglich sein würde. Dass also eine Region nach der anderen bei Beginn der Konsolidierung des Stationierungskonzepts mit denselben Problemen konfrontiert würde und sich die personellen Ressourcen insgesamt weiter verknappen würden. Eine vollständige Umsetzung der Verdichtung der Polizeipatrouillen wird laut Antwort der Regierung schätzungsweise erst im Jahr 2032 erreicht werden. Daher stellen sich verschiedene Fragen. Was passiert, wenn die Konsolidierung der Stationierungskonzepte in weiterer Regionen angegangen wird? Verknappen sich die Patrouillen dann weiter? Welchen Einfluss hat das insgesamt auf das Sicherheitsempfinden unserer Bevölkerung? Deshalb ergibt sich für mich aus dem gesamten Konzept eine grundsätzliche Frage: Muss man bei der Umsetzung der Stationierungskonzepte einen Marschhalt in Betracht ziehen, bis mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stehen oder allenfalls Überbrückungsmassnahmen andenken? Ein Marschhalt würde Raum geben zur Optimierung der stationären Konzepte und zum Aufbau der nötigen personellen Ressourcen. Eine Überprüfung ist für die Mitte-Fraktion dringend notwendig. Wir werden diesbezüglich einen Vorstoss einreichen. Unseren Polizistinnen und Polizisten danke ich ganz herzlich für ihre Arbeit.

Mario Bucher: Mit der Anfrage werden durchaus berechtigte Fragen in den Raum gestellt. Es ist absolut wichtig und richtig, dass wir uns um den Zustand und vor allem auch um die Zuverlässigkeit unserer Polizei bemühen. Wir befinden uns aber mit dem Projekt OE 2030 in einem Prozess, der erst gerade zum Laufen kommen soll. Die Verantwortlichen der Luzerner Polizei sowie die gesamte Polizeibehörde, Strafbehörde und alle Mitarbeiter in diesen Behörden leisten in unserem Kanton hervorragende Arbeit. Auch in einem so gewaltigen Prozess wie der OE 2030 muss man sich Zeit lassen und Verbesserungsmöglichkeiten zulassen. Deshalb ist es wichtig, dass man solche Fragen stellt, auch um der Polizei selbst die Möglichkeit zu geben sich zu reflektieren und zu schauen, ob sie à jour ist oder nicht. Bezuglich der interkantonalen Zusammenarbeit, die in der Anfrage ebenfalls Thema war, ist man auch von anderen Meinungen abhängig. Man kann nicht sagen, wir wollen und ihr müsst, sondern beide Parteien müssen immer die gleiche Stossrichtung haben. Auch wenn die Bemühungen dieser Anfrage von allgemeiner Wichtigkeit sind, so sollte man vielleicht gerade in diesem grossen Umbruch, in dem sich die Polizei und alle befinden nicht allzu hart ins Gericht gehen. Denn jede Kritik und jedes Manko sendet auch ein Signal nach aussen, was eben genau dieses Sicherheitsempfinden angeht. Wenn wir wirklich an dem Punkt sind, an dem wir nicht mehr allen Notrufe nachgehen können, dann müssen wir uns wirklich fragen, ob wir zu wenig Polizei haben. Oder vielleicht müssen wir uns fragen, was eigentlich aus unserer Gesellschaft geworden ist? Es ist auch so, dass die Polizisten wieder mehr geschätzt werden müssen: Polizisten setzen sich für die gesamte Bevölkerung jeden Tag lebensgefährlichen Situationen aus. Polizisten sind unsere Lebensversicherung im Alltag. Leider werden sie sehr selten als unsere Lebensversicherung betrachtet, sondern nur dumm angegangen. Die Anfrage ist gut und richtig, doch vielleicht sollte man dem ganzen Prozess zuerst etwas Zeit geben.

Anja Meier: Schon bei der Beratung zur OE 2030 hat die SP-Fraktion die eine oder andere kritische Frage zum Stationierungskonzept gestellt. Es ist und bleibt für uns zentral, dass der direkte Kontakt zur Polizei in der Stadt und auf dem Land gewährleistet ist. Es darf nicht sein, dass Polizeiposten abgebaut oder konsolidiert werden, weil in den letzten Jahren zu wenig ins Personal investiert wurde. Laut der vorliegenden Antwort wurden bei der Umsetzung der OE 2030 gewisse Fortschritte erzielt, etwa bei der Reduktion der Interventionszeiten, doch es gibt auch Herausforderungen. Es ist unerfreulich, dass die Nachtdienstpatrouillen in Entlebuch und in Willisau aufgrund von personellen Engpässen über Monate hinweg

ausgefallen sind. Dort braucht es aus Sicht der SP-Fraktion nachhaltige Lösungen wie eine verstärkte Nachwuchsförderung, attraktive Arbeitsbedingungen und zeitgemäss Arbeitsmodelle, um diese Abgänge zu verhindern und qualifiziertes Personal zu gewinnen, gerade auch in diesen Regionen. Die Patrouillenverdichtung bis 2032 ist bei der gleichzeitigen Konsolidierung des Postennetzes ein ehrgeiziges Ziel. Wir wünschen uns diesbezüglich von der Polizei eine Kommunikation, wie die polizeiliche Grundversorgung in dieser Zeit sichergestellt wird. Das Konzept Community Policing ist sinnvoll, darf aber nicht als Ersatz für eine flächendeckende Präsenz verstanden werden. Wir müssen uns aber auch ernsthaft Gedanken machen, ob die Ressourcen im Rahmen der OE 2030 ausreichen. Ob die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Cybercrime oder Drogenhandel: Der Anforderungskatalog an die Polizei ist berechtigterweise gross. Aber dann müssen wir konsequent sein und über die Rahmenbedingungen sprechen, damit die Luzerner Polizei diese Aufträge auch erfüllen kann. Das bedeutet auch, über den Elefanten im Raum zu sprechen, nämlich die Ressourcen. Die jahrelangen ungenügenden Investitionen in die Polizei aufgrund von Sparpaketen, das ist ein politischer Entscheid, den der Kantonsrat und insbesondere auch die bürgerliche Ratsmehrheit zu verantworten hat. Die Aufstockung durch die OE 2030 ist in diesem Sinn ein Aufholen der vergangenen Versäumnisse. Es ist wichtig, dass die Bemühungen hier weiterlaufen, wie dies auch Mario Bucher ausgeführt hat. Die SP-Fraktion hat sich immer für eine gut ausgestattete Polizei eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun, solange die Luzerner Polizeidichte im schweizweiten Vergleich unterdurchschnittlich ist. Wir wollen eine Polizei, die nahe bei den Menschen ist und das Sicherheitsgefühl stärkt. Dazu braucht es aber nicht nur Investitionen in Personal oder in Strukturen, sondern auch in Diversität, in niederschwellige Kontaktmöglichkeiten und in eine bevölkerungsnahe Kommunikation. Die SP-Fraktion wird sich weiterhin dafür stark machen, dass die Sicherheit im Kanton Luzern für alle gewährleistet ist, in der Stadt und auch auf dem Land.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Ich möchte eine Richtigstellung zum Votum von Mario Bucher anbringen: Die Mitte-Fraktion bezweifelt die Notwendigkeit und die Richtigkeit der OE 2030 nicht. Das Projekt ist im Gang und diesen Prozess unterstützen wir und wir sehen auch die Notwendigkeit. Wir versuchen aufzudecken, dass ein Marschhalt im Stationierungskonzept allenfalls eine Möglichkeit zur Verbesserung ist und um die personellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Im Planungsbericht über die Leistungen und Ressourcen der Luzerner Polizei wurde eine entsprechende Bemerkung eingegeben, wonach die Posten nur geschlossen werden sollen, wenn man Personal für die Patrouillen und die Sicherheit und die Präsenz hat. Das ist im Moment nicht der Fall und wurde von Hella Schnider sehr gut und klar ausgeführt.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Seitens Hella Schnider wurde verschiedene Kritik ausgeführt, ich möchte sehr gerne darauf eingehen, auch auf die anderen Voten. Kurz ein Schritt zurück: Sie haben den Planungsbericht zur OE 2030 im Jahr 2022 genehmigt. Die Umsetzung ist ab 2023 erfolgt, also vor zwei Jahren. Wir haben nie versprochen, dass wir in zwei Jahren alle Massnahmen umsetzen werden. Die Polizei ist mit vollem Engagement unterwegs, und ich bitte Sie um etwas Geduld bei der Umsetzung, wie es auch Mario Bucher gesagt hat. Ich habe von Hella Schnider herausgehört, dass sich ihr Unmut vor allem auf die Region Entlebuch bezieht. Sie hat das heute etwas allgemeiner dargestellt, die Fragen beziehen sich aber zu Recht auf die Region Entlebuch. Ich habe keine Informationen, dass in den anderen Polizeiregionen eine Unzufriedenheit bezüglich des Stationierungskonzepts besteht. Anja Meier hat darauf hingewiesen, dass die Kommunikation wichtig ist. Wir stehen mit den Polizeiregionen in

Kontakt. So haben wir letztes Jahr zum Beispiel alle Polizeiregionen besucht, natürlich auch das Entlebuch, dort wir waren zweimal vor Ort, in den anderen Polizeiregionen einmal. Dabei haben wir Rückmeldungen über die Umsetzung abgeholt. Die Schliessung der Posten Escholzmatt und Entlebuch erfolgte im September 2023, jetzt ist nur noch der Hauptposten in Schüpfheim offen. Für die Bevölkerung wurden auf der Gemeindeverwaltung aber wöchentliche Sprechstunden von je zirka 1,5 Stunden eingerichtet. Jede Gemeinde hat eine Ansprechperson bei der Polizei, damit man konkrete Anliegen auch umsetzen kann. Was haben wir ab dem 1. Januar 2023 in der Region Entlebuch getan? Wir haben vorgesehen, dass die Nachtpatrouillen, die bisher für die Region Willisau und das Entlebuch zusammen zuständig waren, auch am Wochenende sichergestellt sind. Das heisst, dass wir über das Wochenende eine Nachtpatrouille für die Region Willisau vorsehen und für die Region Entlebuch ebenfalls eine. Dieser Leistungsausbau, den wir vornehmen wollten, konnten wir nicht durchgehend sicherstellen. In der vorliegenden Antwort haben wir transparent gemacht, in welchen Zeiträumen wir das nicht sicherstellen konnten. Wir haben auch begründet, weshalb dies geschehen ist, nämlich infolge Krankheitsausfällen oder weil wir die Stellen intern nicht besetzen konnten. Der Unmut in Bezug auf die Nachtpatrouillen ist deshalb berechtigt und wir nehmen diese Kritik entgegen. Es gibt nichts schön zu reden. Das ist das Einzige, das wir nicht zielgemäss umsetzen konnten, weil uns auch das Personal gefehlt hat. Die Grundversorgung in allen Regionen und im ganzen Kanton war aber stets gewährleistet. Das Patrouillenkonzept funktioniert nämlich gebiets- und regionenübergreifend. Es ist nicht so, dass sich eine Patrouille nur in der eigenen Region bewegt. Die Patrouillen sind flexibel und werden über die Einsatzleitzentrale disponiert. Das erfolgt nicht von den Polizeiposten aus, sondern zentral von der Einsatzleitzentrale. Damit wird sichergestellt, dass an sieben Tagen in der Woche während 24 Stunden 15 Patrouillen im Einsatz sind. Hinzu kommen durchschnittlich noch ein bis drei Einsatzpatrouillen aus der Ausbildungsformation und der Spezialversorgung im ganzen Kantonsgebiet. Die Patrouillen werden dorthin geschickt, wo es die Lage erfordert, damit das ganze Kantonsgebiet bei dringlichen Einsätzen jederzeit abgedeckt werden kann. In der Regel werden im städtischen Raum mehr Patrouillen benötigt, weil es dort mehr Vorfälle gibt. Dieses dynamische Einsatzsystem bewährt sich. Die Interventionszeiten unterschreiten bereits den Zielwert von zehn Minuten – das hat auch Heller Schnider so ausgeführt. Weiter hat sie darauf hingewiesen, dass die Feuerwehr dauernd irgendwelche Einsätze übernehmen muss. Das ist mir so nicht bekannt. Eine Feuerwehr oder eine Blaulichtorganisation kann keine polizeilichen Aufgaben übernehmen, das darf sie auch nicht. Gemäss Hella Schnider ist es vorgekommen, dass die Feuerwehr bei einem Verkehrsunfall bereits vor Ort war und die Polizei erst später eingetroffen ist. Bei einem Verkehrsunfall ist es entscheidend, dass zuerst der Rettungsdienst vor Ort ist und allenfalls auch die Feuerwehr. Sie stellen die Erstversorgung der Verletzten sicher und regeln den Verkehr, das ist nicht falsch. Die Präsenz der Polizei hat nachgelagerte Priorität: Sie rekonstruiert den Hergang, ist aber nicht für die Versorgung verantwortlich. Ich glaube, es geht hier aber vor allem um den Unmut in Bezug auf die Nachtpatrouillen im Entlebuch. Es ist das definierte Ziel, dass wir diese Nachtpatrouillen durchgehend sicherstellen wollen. Wir haben im Oktober die zusätzliche Patrouillentätigkeit wiederaufgenommen und seit November wird sie durchgehend gewährleistet – ich habe dieses Wochenende nochmals nachgefragt. Wir geben also unser Bestes, um das Ziel auch weiterhin zu erfüllen. Allerdings – das kann ich Ihnen auch sagen – ist es nicht ausgeschlossen, dass es auch in Zukunft phasenweise zu Ausfällen und Abgängen kommen wird. In diesen Phasen käme wiederum das regionenübergreifende Patrouillenkonzept ins Spiel. Müsste man in diesem Zeitraum eine fixe Patrouille ins Entlebuch beordern, würde sie

möglicherweise an Orten fehlen, wo sie dringlicher gebraucht würde. Wir müssen es immer gesamtheitlich betrachten und den ganzen Kanton im Auge behalten. Wenn man nun aber das Gefühl hat, im Entlebuch sei die Grundversorgung nicht sicherstellt, ist dies nicht so. Wir sind für das ganze Kantonsgebiet zuständig. Es ist einfach so, dass die Anfahrtswege infolge des weitläufigen Gebiets länger sind. Aber es wäre auch falsch, wenn wir jetzt mehr Patrouillen im Entlebuch hätten, nur weil das Gebiet weitläufig ist. Diese Patrouillen würden dafür an einem anderen Ort fehlen. Sie können Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Regionen fragen, ob sie bereit sind, ihre Patrouille einfach so herzugeben. Das ist nicht der Fall, wir setzen die Patrouillen wirklich dort ein, wo sie gebraucht werden, natürlich auch im Entlebuch. Sie haben ebenfalls die Ereignisdichte im Entlebuch erwähnt. Wenn man nach Anzahl Straftaten pro Einwohnerinnen und Einwohner geht, so ist die Region Entlebuch die sicherste Region. Auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen in der Region Entlebuch 19,8 Straftaten. Im Vergleich dazu sind es in der Stadt Luzern 105 Fälle, in Sursee 83,6 Fälle und in Emmen 64 Fälle. Der Kantonsrat hat den Planungsbericht so verabschiedet und die Umsetzung läuft. Wenn Sie nun das Gefühl haben, dass alles falsch läuft, dann stimmt das einfach nicht. Bitte informieren Sie sich entsprechend. Falls es in den Regionen Anliegen gibt, sind mir diese nicht bekannt. Wir haben entsprechende Gespräche geführt und werden sie weiterhin führen. Der Unmut aus der Region Entlebuch ist mir bekannt, wir haben deshalb auch nächstens ein Treffen. Die Schliessung der Posten, die wir im Entlebuch vorgenommen haben, dient ja eben dazu, die personellen Ressourcen für vermehrte Patrouillen frei zu machen. Das gilt auch für die Nachpatrouillen. Wenn wir also bei den Posten einen Marschhalt einlegen, so verzögern wir auch die Aufstockung der Patrouillen. Ich kann Ihnen auch sagen, dass ein Marschhalt nichts bringen würde, weil die Umsetzung an vielen Orten schon erfolgt ist und wir können diese nicht rückgängig machen. Wir stocken 118 Stellen in 8 Jahren auf, das sind 15 Stellen pro Jahr. Davon gehen aber nicht alle Stellen an die Sicherheits- und Verkehrspolizei, sondern ein grosser Teil, fast die Hälfte der Stellen, geht an die Kriminalpolizei. Im Moment können wir diese Aufstockung pro Jahr plangemäss durchführen. Ja, es benötigt auch sehr grosse Anstrengungen, diese Stellen zu besetzen, aber wir sind guten Mutes, dass wir das geplante Ziel erreichen. Die geplanten Stellen im Entlebuch zu besetzen ist anspruchsvoll, auch weil diese Stellen aufgrund der wenigen Ereignisse gerade bei jüngeren Mitarbeitenden nicht besonders beliebt sind. Sie lachen deswegen, aber es ist einfach so: Die jungen Personen, die in den Korps eintreten, wollen etwas erleben und das anwenden, was sie in der Schule gelernt haben. Deshalb ist es für sie attraktiver, an Orten einzusteigen, wo viel passiert und sie auch mit allen Deliktformen in Kontakt kommen. Die Stellen der Fachspezialistinnen und Fachspezialisten für die bürgernahe Polizei im Entlebuch konnten wir besetzen. Sie kümmern sich vollumfänglich um die Anliegen von Gemeinden, Schulen, Vereinen und des Gewerbes und sie haben wie bereits gesagt auch eine Ansprechperson. Unter dem Strich profitieren alle Regionen von der Organisationsentwicklung, zum Teil auch etwas zeitverzögert. Aber wo sind wir mit dem Planungsbericht gestartet? Wir haben eine Unterdeckung, das ist bekannt, wir haben eine tiefe Polizeidichte im Kanton Luzern, und da kann man nicht innerhalb von zwei Jahren einfach alles umsetzen. Deshalb bitte ich Sie schon um etwas Geduld. Ich habe Folgendes mitgenommen: Eine durchgehende Nachpatrouille im Entlebuch soll gewährleistet und der eigentlich bereits auf Ende 2023 geplante Leistungsausbau soll jetzt umgesetzt werden.